

Stand: 11.11.2020 11:09:52

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/10271

"Ja zum Verbrennungsmotor - Ja zu bayerischen Arbeitsplätzen in Schlüsselindustrien"

Vorgangsverlauf:

1. Dringlichkeitsantrag 18/10271 vom 07.10.2020
2. Beschluss des Plenums 18/10361 vom 08.10.2020
3. Plenarprotokoll Nr. 55 vom 08.10.2020



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Ferdinand Mang, Josef Seidl, Uli Henkel, Martin Böhm, Dr. Ralph Müller** und **Fraktion (AfD)**

Ja zum Verbrennungsmotor – Ja zu bayerischen Arbeitsplätzen in Schlüsselindustrien

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Sicherung des Wohlstandes, der Arbeitsplätze und der Mobilität elementare Ziele aller maßgebenden Akteure des Freistaates und dessen Volksvertreter sein sollten. Aus diesem Grund bekennt sich der Landtag zur bayerischen Autoindustrie als eine der Schlüsselindustrien in Bayern und stellt sich vehement gegen ideologische Zulassungsverbote für den Verkauf von Pkw mit Otto- oder Dieselmotoren.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen gegen Zulassungsverbote für den Verkauf von Pkw mit Otto- oder Dieselmotoren einzusetzen.

Begründung:

Die Automobilindustrie ist mit etwa 45,72 Mrd. Euro Exportvolumen in 2019 eine der wichtigsten Industrien in Bayern. Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder forderte ein Verbot für den Verkauf von Pkw mit Otto- oder Dieselmotoren ab dem Jahr 2035.

Forderungen dieser Art verunsichern nicht nur die Automobilbranche weiter, sondern auch die Kunden. Neben dem daraus resultierenden rapiden Rückgang des Kaufverhaltens führten die internationalen und nationalen Lockdowns im Zuge der Anti-Coronamaßnahmen zeitweise zu einem Einbruch des Exports der bayerischen Automobilindustrie im April je nach Produktionsbereich um etwa 64 bis 96 Prozent. Ein planwirtschaftliches Verbot von Otto- und Dieselmotoren mit fixem Enddatum ist angesichts dieser Faktenlage nicht verantwortbar.

Führende Experten kritisieren diese Art einer ideologischen Basta-Politik scharf. So äußerte Continental Aufsichtsratschef Wolfgang Reitzle, dass die Politik die Autoindustrie „zerstört“, den Verbrenner „diffamiert“, was zu weitreichendem Stellenabbau führe, da „99 Prozent der Wertschöpfung“ der Autoindustrie mit dem Verbrennungsmotor generiert werde.

Im September 2020 erhöhte sich die Arbeitslosigkeit in Bayern im Vergleich zum Vorjahresmonat um 40 Prozent auf 292 939 Personen. Das Verbot von Verbrennungsmotoren aufgrund klimaideologischer Überlegungen befördert nur noch viel mehr Menschen in Bayern in Arbeitslosigkeit und Armut. Besonders die Arbeitnehmer und die vielen Kleinunternehmer, die von der Automobilindustrie abhängig sind, benötigen während der Coronavirus-Krise wieder Sicherheiten. Der Landtag stellt sich darum klar hinter die bayerische Automobilindustrie als Schlüsselindustrie und sichert damit viele Tausende Arbeitsplätze und Existenzen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Ferdinand Mang, Josef Seidl, Uli Henkel, Martin Böhm, Dr. Ralph Müller** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/10271

Ja zum Verbrennungsmotor – Ja zu bayerischen Arbeitsplätzen in Schlüsselindustrien

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Uli Henkel

Abg. Walter Nussel

Abg. Ralf Stadler

Abg. Barbara Fuchs

Abg. Manfred Eibl

Abg. Diana Stachowitz

Abg. Albert Duin

Abg. Raimund Swoboda

Abg. Christoph Maier

Staatssekretär Roland Weigert

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nun rufe ich zur Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Franz Bergmüller u. a. und Fraktion (AfD)

Ja zum Verbrennungsmotor - Ja zu bayerischen Arbeitsplätzen in Schlüsselindustrien (Drs. 18/10271)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Abgeordneten Uli Henkel das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Uli Henkel (AfD): Verehrtes Präsidium, geschätzte Kollegen! Dem vergangenen Parteitag der CSU wird man wohl das Prädikat "geschichtsträchtig" zugestehen müssen; nicht aber wegen dessen digitaler Durchführung, denn dergleichen durften wir ja schon bei der künftigen Schwesterpartei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beobachten. Geschichtsträchtig ist die vom ergrünten Ministerpräsidenten Söder formulierte Forderung, ab 2035 keine Automobile mehr mit Diesel- und Benzinverbrennungsmotoren mehr zulassen zu wollen. Diese Forderung ist wahrlich wegweisend, bedauerlicherweise aber wegweisend in Richtung Abgrund.

Die Automobilindustrie ist mit gut 45 Milliarden Euro Exportvolumen im Jahr 2019 eine der tragenden Säulen der bayerischen Industrie und damit unseres Wohlstandes; sie ist Lebensunterhalt von etwa 500.000 Beschäftigten im Freistaat, dessen Wohl und Wehe von dieser Industrie abhängt.

In der aktuell ohnehin extrem angespannten wirtschaftlichen Lage von solch einem Zulassungsverbot regelrecht zu schwadronieren, kommt einem Anschlag auf die davon betroffenen Unternehmen und deren Arbeitnehmerschaft gleich. Was müssen die Mitarbeiter bei Audi, BMW, Schaeffler, Infineon, Bertrandt und vielen anderen nur denken! Nach der Kurzarbeit kommt die Arbeitslosigkeit, mit der Arbeitslosigkeit kommt die Trostlosigkeit und anschließend dann als Demütigung Hartz IV.

Dr. Wolfgang Reitzle, Aufsichtsratschef von Continental, formuliert deutliche Worte zu Ministerpräsident Söders grüner Tagträumerei und spricht von der politisch forcierten Zerstörung der Autoindustrie, "die ja noch immer 99 Prozent ihrer Wertschöpfung durch Autos mit Verbrennungsmotor generiert."

(Beifall bei der AfD)

Entsprechend ernüchternd fällt auch Dr. Reitzles Fazit zu den Konsequenzen aus. Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidiums: "Wir müssen Fabriken schließen und Arbeitsplätze abbauen." Aktuell gelten jetzt schon rund 100.000 Jobs in der Automobilbranche als akut gefährdet. Geschätzte Kollegen, glauben Sie wirklich, dass solche Vorschläge des Ministerpräsidenten zu deren Stabilisierung beitragen können? – Das Einzige, worum es hier wirklich geht, ist doch der wohlfeile Versuch eines Ministerpräsidenten, auf der grünen Welle alternativ entweder ins Kanzleramt zu reiten oder doch jedenfalls – koste es, was es wolle – Schwarz-Grün für 2021 auf die Schienen zu setzen. Dies natürlich auch ohne Rücksicht auf den Koalitionspartner, der schon nach nur zwei Jahren miterleben muss, dass der Bräutigam sich bereits aktiv nach einer anderen Partnerin umsieht. Nicht nur bei den Kollegen der FREIEN WÄHLER kommt hier völlig zu Recht die Galle hoch. Auch zahlreiche CSU-Abgeordnete verstehen ihre eigene Partei nicht mehr.

Solange uns kein zuverlässiger und ähnlich leistungsstarker Nachfolgeantrieb zur Verfügung steht, können wir es uns schlicht und einfach nicht leisten, den Verbrennungsmotor, der bewährt ist, ad acta zu legen. Lassen Sie uns doch bitte nicht die Fehler, die bereits beim Ausstieg aus der Kernenergie gemacht worden sind, wiederholen, sondern stattdessen neben der Entwicklung neuer Antriebsformen bitte konsequent die bereits bestehenden erfolgreichen Konzepte optimieren.

(Beifall bei der AfD)

Ja, schon die Forderung, in 15 Jahren keine Automobile mehr mit Diesel- und Benzinmotoren zulassen zu wollen, ist wahrlich wegweisend zu einem Niedergang des In-

dustriestandortes Bayern, wenn wir und die Bürger da draußen uns dem nicht vehement in den Weg stellen.

Wegweisend ist die Forderung aber auch für den Verfall einer ehemals konservativen Volkspartei. Dass die CSU sich mit Kalifornien ausgerechnet den notorisch klammen und politisch linkslastigen Pleitegeier unter den amerikanischen Bundesstaaten als Vorbild ausgesucht hat, sollte den Menschen in Bayern wirklich eine deutliche Warnung sein.

Geschätzte Kollegen, beenden Sie diesen Ritt auf dem grünen Esel. Helfen Sie mit, bestehende Arbeitsplätze und damit unseren Wohlstand zu sichern. Mit der Unterstützung unseres vorliegenden Antrages können Sie hier ein erstes und klares Zeichen setzen; denn wenn die Automobilindustrie hustet, dann bekommt Bayern schon sehr bald hohes Fieber.

Ich fordere den Ministerpräsidenten deshalb zum Schluss meiner Rede auf, seine fatale Aussage unverzüglich zu revidieren.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächstem Redner erteile ich dem Abgeordneten Walter Nussel für die CSU-Fraktion das Wort.

Walter Nussel (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Was der Vorredner alles hineininterpretiert hat, was unser Ministerpräsident alles angeblich zum Thema Klimaschutz und zur Automobilindustrie ausgeführt hat, möchte ich jetzt nicht kommentieren. Ich möchte jetzt direkt darauf zu sprechen kommen, dass der Freistaat Bayern, unser Ministerpräsident, die Staatsregierung und die beiden Koalitionsparteien fest zur Automobilindustrie stehen und standen.

Heute wurde hier im Hohen Haus viel über die Ausrichtung des Klimaschutzes auf die nächsten Jahrzehnte gesprochen. Da gibt es auch Beschlüsse von der EU für die Jahre ab 2050, dass wir hier – in Anführungszeichen – Weichen mit der Industrie stel-

len wollen und stellen werden. Niemand hat gesagt, dass wir keinen Verbrennungsmotor mehr wollen. Das hat keiner gesagt, auch unser Ministerpräsident nicht.

(Zurufe: Was? – Das hat er doch gesagt!)

– Ganz ruhig bleiben. Nicht aufregen.

(Beifall bei der CSU)

Er hat vom Technologiewechsel gesprochen und davon, dass wir beim Verbrennungsmotor andere Arten von Strom bis Wasserstoff mit auf den Weg bringen müssen. Das ist der Weg, den wir beschreiten wollen und auch müssen, um dem Klimawandel entgegenzutreten. Er hat aber nicht gesagt, dass wir hier die komplette Automobilindustrie – –

Ich möchte an dieser Stelle dennoch einiges dazu sagen: Vor allem Sie reden hier über Pkws. Wir haben eine ganz andere Situation bei Lkws und vor allem bei unseren Schiffen auf den Weltmeeren. Wenn dreißig große Ozeandampfer mehr CO₂ ausstoßen als alle Pkws auf dem Globus zusammen, müssen wir doch dort ansetzen und sagen: Wir wollen nicht die Pkw-Produktion hier infrage stellen, sondern wir müssen dort ansetzen, wo wir viel bewegen können.

(Unruhe – Beifall bei der CSU)

Genau das machen wir mit dem Technologiewechsel.

Ein weiteres Thema, bei dem ich Sie alle zum Handeln auffordere: Ich kämpfe im Moment beim Thema Bodenaushub und allem, was damit zu tun hat, dass wir hier die Transporte – in Anführungszeichen – in Grenzen halten. Ich nenne zwei Zahlen: Wir haben in Bayern im Schnitt 50 Millionen Tonnen Bodenaushub, der jährlich bewegt wird.

(Zuruf: Was soll das?)

Das entspricht zwei Millionen Lkws. Wenn wir jetzt nicht aufpassen und unseren ganzen Bodenaushub in andere Bundesländer oder andere Länder fahren, weil wir hier die Weichen falsch stellen, indem wir die Regionalisierung und das Kreislaufwirtschaftsgesetz nicht beachten, indem wir unser Material nicht hier wieder verfüllen, dann haben wir viel mehr CO₂-Ausstoß als das, was wir uns hier bei der Pkw-Automobil-Diskussion eigentlich vorstellen können.

Wir stehen deswegen klar zu unserer Automobilindustrie. Wir werden sie nicht schlechtreden. Wir werden mit ihr Lösungen suchen. Unser Ministerpräsident, unser Wirtschaftsminister und unser Staatssekretär sind laufend mit den Zulieferfirmen und Herstellern im Gespräch und in Kontakt. Ich bin zuversichtlich, dass wir hier Lösungen finden werden. Wir lassen das Ganze nicht schlechtreden von Leuten, die etwas hineininterpretieren, was nicht der Wahrheit entspricht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bleiben Sie bitte am Mikrofon. – Wir haben jetzt eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Ralf Stadler. Bitte, Herr Stadler.

Ralf Stadler (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege, ich hätte eine Frage. Der Herr Ministerpräsident Söder sagt: Verbrennungsmotoren abschaffen. – Ist es dann die richtige Lösung, mit Fördermitteln Hybridfahrzeuge mit über 400 PS und einem Preis von 80.000 bis 90.000 Euro zu fördern, weil da ein kleiner Elektromotor drin ist, der die Kiste mit 20 Kilometer befördert? – Das ist ein Irrsinn! Da muss die Unterschicht der Oberschicht die Fahrzeuge mitfinanzieren. Wenn das überhaupt gemacht wird, dann gehört da eine Klausel hinein, dass ein Programm auf den Weg gebracht wird nur für Fahrzeuge, die zum Beispiel maximal 20.000 Euro kosten. Aber es kann doch nicht sein, dass dann Luxusfahrzeuge mit zigtausend Euro finanziert werden. Das kann nicht sein!

(Zuruf)

Da ist ein V8-Motor drin und dann noch ein kleiner Elektromotor, der nur etwas größer ist als der Anlasser. Das kann doch nicht wahr sein!

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter Nussel, bitte.

Walter Nussel (CSU): Ich möchte nicht näher auf die Zusammenhänge eingehen.

(Unruhe)

Wir müssen es schaffen, auch mit Fördermaßnahmen insgesamt neue Technologien hier auf den Weg zu bringen, gleichgültig wie groß das Auto sein mag. Wir müssen das ja später in Serie bringen können. Dafür brauchen wir eine Technik, Fördermaßnahmen und Wege, wie ich sie beschrieben habe und wie wir sie zusammen mit der Industrie gestalten und beschreiten. Ich bin mir sicher, dann werden wir diese Arbeitsplätze zukunftsfähig weiter ausbauen, zu unserer Industrie weiter stehen und den Wohlstand erhalten können.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zurufe)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Abgeordneter, Sie sind am Ende der Redezeit. – Als nächster Rednerin erteile ich der Abgeordneten Barbara Fuchs für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Keine Frage, Bayerns Wirtschaft und Wohlstand wurden in den vergangenen Jahrzehnten maßgeblich von einer erfolgreichen und exportstarken Technologieindustrie getragen. Aber nicht nur die Fahrzeugindustrie, sondern auch die Elektrotechnik und der Maschinenbau haben die Marke "Made in Bavaria" als Gütesiegel weltweit geprägt. Es hat sich eine vielfältige und hoch innovative Unternehmenslandschaft von kleinen und mittleren Unternehmen etabliert, die seit Jahrzehnten gut bezahlte und sichere Arbeits- und Ausbildungsplätze bereitstellt.

Schon lange vor Corona steckte die deutsche Automobilindustrie in einer Rezession. So wurden 2019 so wenige Fahrzeuge produziert wie zuletzt vor 21 Jahren. Der vorliegende Antrag der AfD-Fraktion zeigt einmal mehr ihre völlige Unkenntnis der Entwicklungen auf dem globalen Fahrzeugmarkt; denn der Weltmarkt wandelt sich bereits. Diese Entwicklung gegen den fossilen Verbrennungsmotor ist schon im Gang. Auch in Europa haben schon viele Länder Entscheidungen getroffen und einen Zeitpunkt festgelegt, ab dem die Zulassung von Verbrennungsmotoren verboten wird.

Nicht nur der europäische Markt wandelt sich. Weltweit ist der Bestand von Elektroautos im Jahr 2019 um 41 % gestiegen. Von diesem Trend, den wir aus umwelt- und klimapolitischer Sicht begrüßen, profitieren aber die deutschen Automobilhersteller nur bedingt. Ihre Modelle sind im Vergleich zu teuer und auch nicht lieferbar. Dahinter steckt zum Teil Strategie; denn die Werte, die im Jahre 2021 geschaffen werden, sind die maßgeblichen Richtwerte für die nächsten Jahre. Das bedeutet, die Automobilindustrie spekuliert gerade darauf, noch weniger Fahrzeuge zu liefern, damit die Richtwerte im Jahr 2021 nicht zu hoch werden. Diese Werte gelten nämlich für die zukünftigen Jahre.

Für Betriebe, die dem Strukturwandel ohnehin unterliegen, ist das eine konkrete Gefahr, weil hier noch Blockaden vorliegen. Das betrifft eine Vielzahl von Arbeitsplätzen, wie wir gerade erleben. Die globale Entwicklung zu einer emissionsfreien Mobilität können wir aber nicht mit einem Festklammern am Verbrennungsmotor aufhalten. Wir müssen die Arbeitsplätze sichern. Der klimaneutrale Umbau der Fahrzeugindustrie muss entschlossen und ohne weitere Blockaden angegangen werden.

Das Auto der Zukunft besticht durch sein digitales Innenleben und nicht mehr nur durch seine reine PS-Zahl. Dieses Denken ist genauso von gestern wie manche hier im Raum. Die Zeit der fossilen Antriebstechnologien ist vorbei. Wir müssen die klimafreundliche Mobilität der Zukunft voranbringen. Nur so sichern wir bei uns im Land zukunftsfeste Arbeitsplätze. Die Grundlage für eine emissionsfreie Mobilität ist eine erfolgreiche Energiewende in Bayern, um die erforderliche Menge an Ökostrom zu

produzieren. Wir GRÜNE wollen, dass auch die Mobilität der Zukunft in Bayern entwickelt und produziert wird. Wir wollen die Wertschöpfungskette hier im Land halten. Deshalb müssen diese Entscheidungen jetzt umgesetzt werden.

Ich hoffe deswegen sehr, dass wir Herrn Söder richtig verstanden haben und er sich wirklich für einen baldigen Ausstieg aus der Verbrennungstechnologie einsetzt. Dem Antrag stimmen wir natürlich nicht zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Wir haben eine Zwischenbemerkung. Wurde sie rechtzeitig angemeldet?

(Barbara Fuchs (GRÜNE): War das nicht zu spät?)

Ich lasse die Zwischenbemerkung zu. Bitte, Herr Kollege Henkel.

Uli Henkel (AfD): Geschätzte Kollegin Fuchs, ich habe nur eine Frage. Wissen Sie, wie viele Pkws in Deutschland prozentual, Stand 2020, elektrisch betrieben werden?

Barbara Fuchs (GRÜNE): Ja, zu wenige.

Uli Henkel (AfD): 0,29 %.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Sie dürfen, glaube ich, nicht noch einmal etwas sagen.

Uli Henkel (AfD): 0,29 %!

Barbara Fuchs (GRÜNE): Ich habe das letzte Wort: Es sind zu wenige.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich Herrn Abgeordneten Manfred Eibl von der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit den einleitenden Worten des Antrags der AfD beginnen. Sie lauten: "Der Landtag stellt fest, dass die Sicherung des Wohlstands, der Arbeitsplätze und der Mobilität elementare Ziele [...] sein sollten"; alle maßgeblichen Akteure und Volksvertreter sollten dies auch berücksichtigen, so Ihr Dringlichkeitsantrag. Ich sage Ihnen nur eines: Alle Parlamentarier und Parlamentarierinnen, wie sie hier sitzen, vielleicht bis auf die von der AfD, treten für Grundrechte bei uns ein. Die Ziele Freiheit, Frieden und Wohlstand haben oberste Priorität. Darauf ist unsere Arbeit ausgerichtet. Dahin gehend brauchen wir keine Selbsterklärung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Regierungskoalition von FREIEN WÄHLERN und CSU hat sich stets für Technologieneutralität und Offenheit in Bezug auf Antriebstechnologien mit der Prämisse der Erfüllung der Klimaziele ausgesprochen und wird sich dafür auch stets aussprechen. Verbrenner werden aktuell mit einer hochentwickelten Forschung und auch mittelfristig eine elementare und zukunftssträchtige Rolle spielen. Es gibt auch kein Zulassungsverbot für Verbrenner. Das möchte ich hier ganz klar sagen. Wir FREIEN WÄHLER setzen uns weiterhin für Technologieoffenheit und offene Prozesse in Bezug auf die Antriebstechnologien der Pkws und der Lkws ein.

Verbrennungsmotoren sind ein Thema mit mehreren industriepolitischen Herausforderungen. Hier geht es nicht nur ums Auto. Mobilität und Verkehr müssen insgesamt neu gedacht werden, ohne das Auto ideologisch zu verteufeln. Aus diesem Grunde werden neue Technologien weiterentwickelt; denn die bayerische Automobilindustrie soll bei den Antrieben und vor allem auch beim autonomen Fahren in der Zukunft Innovationsführer bleiben. Meine Damen und Herren, wir lehnen den Antrag der AfD ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Diana Stachowitz von der SPD-Fraktion.

Diana Stachowitz (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Eine wichtige Nachricht für die AfD: Die Welt ist rund. Sie glauben noch an die Scheibe. Das macht Ihr Antrag deutlich. Sollten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Autoindustrie wirklich an diese Botschaft glauben, dann werden sie auf jeden Fall in der nächsten Zeit arbeitslos sein. Dafür würden Sie mit Ihrem Vorschlag sorgen. Deswegen lehnen wir diesen Antrag ab. Mehr zu unseren Vorstellungen zu den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern der Automobilindustrie beim nächsten Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Albert Duin von der FDP-Fraktion. Bitte, Herr Abgeordneter.

Albert Duin (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir reden hier über einen Dringlichkeitsantrag der AfD. Aus der Überschrift dieses Antrags geht ganz klar hervor, dass damit die Verbrennungsmotoren forciert und weiterhin gefördert werden sollen. Das ist einfach falsch. Die Überzeugung von uns allen muss doch sein, dass wir Vielfalt brauchen und technologieoffen arbeiten müssen.

Von den GRÜNEN habe ich die Nachricht gehört, dass zu wenig Elektroautos auf der Straße seien. Es wäre doch auch blöd, wenn jetzt alle, die ein Verbrennerfahrzeug fahren, sich zusätzlich ein Elektroauto kaufen würden. Das würde auch keinen Sinn machen. Man müsste dann schon über einen Austausch nachdenken.

Die Technologie in Deutschland war tatsächlich sehr stark mit den Verbrennungsmotoren verbunden, aber eben auch mit dem Wasserstoff. Ich habe schon vor 25 Jahren einen wasserstoffbetriebenen BMW gefahren. Damals gab es noch Probleme mit den Tanks und der Diffusion des Wasserstoffs. Wir forschen und entwickeln. Nicht zu vergessen ist, dass viele unserer Entwicklungen und Ideen, die politisch verhindert worden sind, vom Ausland genutzt wurden, um uns zu überholen. In China heißt es immer: Die Kopie ist die Verehrung des Originals. Die Originale haben meistens wir geliefert. Wenn die Politik heute anfängt, in die freie Entfaltung der Wirtschaft einzu-

greifen, dann ist das ein Fehler. Wir sollten nicht pudern und pampern. Denken Sie an die Zuschüsse für die Elektroautos. Dabei sind 60 % aller bei uns zugelassenen Elektroautos aus französischer Herstellung, nämlich der ZOE von Renault. Ich weiß nicht, ob das unserer Wirtschaft etwas bringt; vielleicht den Händlern, aber der Industrie selbst bestimmt nichts. Diese Industrie kaputt zu machen, hat keinen Sinn.

Ich möchte Technologieoffenheit. Der CO₂-Handel ist richtig. Diese Forderung haben wir schon immer gebracht und forciert. Wir wollten immer, dass der CO₂-Ausstoß bepreist wird. Das können wir alles hinbekommen. Aber wir haben heute Dieselmotoren, die im Gesamtpaket besser sind als jedes Elektroauto, wenn ich bedenke, wo das ganze Zeug herkommt, die ganze Logistikkette. Wir werfen uns sowieso laufend Stöcke zwischen die Füße, um immer noch eine politische Forderung draufzusetzen, und die Wirtschaft eilt hinterher.

Immer wird auch nur auf die Großkonzerne geschaut, die tatsächlich mit den Politikern reden und versuchen, eine Lösung zu finden. Aber die sind nicht abhängig davon, dass die Wirtschaft richtig läuft, weil sie in der ganzen Welt verstreut sitzen. Schaut doch mal auf die kleinen Mittelständler, die immerhin 80 % aller Arbeitsplätze stellen. Die hängen davon ab; sie werden behindert, wenn große Entscheidungen getroffen werden.

Den Dringlichkeitsantrag der AfD lehnen wir ganz klar ab, weil er verbrennungsmotorlastig ist. Wir sind für Technologieoffenheit. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bleiben Sie bitte am Mikrofon, Herr Abgeordneter. – Eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Swoboda wurde angemeldet.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Duin, ich bin jetzt ganz verwundert: Sie sind doch ein Freier Demokrat, oder täusche ich mich? Sind Sie vielleicht ein

Nationalist? Denn Sie haben eben gegen die Subventionen für Elektrofahrzeuge gewettert und gesagt, 60 % kommen aus Frankreich. Die Deutschen subventionieren also Autos, die aus Frankreich kommen, und das in einer freien Marktwirtschaft. Und das sagt ein Freier Demokrat, der aus der Wirtschaft stammt. Da frage ich mich: Ist denn jetzt die Welt völlig auf den Kopf gestellt? Gehören Sie da etwas weiter nach rechts und nicht dahin, wo Sie jetzt sitzen? Können Sie mir das kurz erklären?

Albert Duin (FDP): Also: Wir haben immer ganz klar gegen die Subventionen gestimmt und ganz klar dagegen gewettert. Ich habe nur darauf aufmerksam gemacht, dass die deutsche Politik die deutschen Autohersteller retten wollte, aber mit Geldern, die jetzt ins Ausland geflossen sind. Das widerspricht sich. Das hat nichts mit der Frage zu tun, ob ich freiheitlich denke. Ich habe immer die Technologiefreiheit betont. Ich habe nur darauf hingewiesen, wo die Gelder hinfließen, die eigentlich dafür gedacht waren, die deutsche Industrie zu retten.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Wir haben noch eine Zwischenbemerkung, und zwar vom Abgeordneten Christoph Maier. Bitte, Herr Maier.

Christoph Maier (AfD): Herr Kollege Duin, Sie haben davon gesprochen, dass manche Dieselmotoren besser sind als Elektromotoren. Unser Antrag fordert ja gerade, dass wir jetzt die Verbrennungsmotoren nicht verbieten sollen. Jetzt verstehe ich nicht ganz: Warum wollen Sie den Antrag dann heute ablehnen?

Albert Duin (FDP): Mit diesem Antrag wollen Sie die Verbrennungsmotoren bevorzugen. So lautet der Antrag. Da sind wir dagegen. Wir sind dafür, dass wir technologieoffen arbeiten. Lasst die Wirtschaft mal machen, und zwar ohne unnötige Einschränkungen.

(Zuruf)

Dann werden wir in Deutschland einen unheimlichen Erfolg haben, auch wenn wir Elektroautos bauen, auch wenn wir Wasserstoffbrennstoffzellen verwenden, und von

mir aus fahren wir hinterher mit Stroh. Das ist mir egal, wenn dabei ein gutes Ding rauskommt.

(Zuruf)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Weitere Zwischenbemerkungen gibt es nicht. Dann darf ich als letzten Redner Herrn Staatssekretär Roland Weigert aufrufen. Bitte schön.

Staatssekretär Roland Weigert (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vorab, Kollege Duin: Ich habe den Antrag der AfD mit der Frage der Präferenzierung der Verbrennertechnik ebenso gelesen. – Meine Damen und Herren, die Staatsregierung stützt die Automobilindustrie – das sei gleich zu Beginn in sehr deutlicher Art und Weise gesagt – kraftvoll. Das sieht man schon an den aufgewendeten Beträgen. Sie tut das nachhaltig, nämlich mit dem Blick in die Zukunft. Und sie tut das sehr entschlossen, natürlich mit der Orientierung auf den Punkt hin, dass wir Arbeitsplätze schaffen. Aber ich denke, dass der Blick mit der Argumentation des Antrags der AfD zu kurz greift. Denn wir tun dies in der Staatsregierung mit einer erweiterten Perspektive gerade auch mit dem Blick auf die Marktentwicklung, wie es einige Vorredner bereits angesprochen haben.

Wenn wir den Blick auf die Marktentwicklung werfen, dann ist das ein Blick in die Zukunft. Das ist das alles Entscheidende. Wenn wir den Blick in die Zukunft werfen, dann müssen wir uns die Frage stellen, was denn die Zukunft bringt. – Die Zukunft bringt ohne Zweifel – das ist ein ganz wichtiger Punkt – ein weltweites Streben nach klimafreundlicher Mobilität. Und von wem, meine Damen und Herren? – Vom Konsumenten, vom Verbraucher. Den Markt bestimmt nicht nur das Angebot, sondern den Markt bestimmt insbesondere die Nachfrage. Deshalb bestimmt der Konsument am Ende des Tages ganz entscheidend, was er haben will. Deswegen zwingt das die Branche zum Strukturwandel. Da gibt es keine Alternative. Dieser Strukturwandel ist im Ausmaß ohne Zweifel sehr gewaltig.

Meine Damen und Herren, deswegen steht die Staatsregierung zu dieser Schlüsselindustrie, zu dieser Schlüsselbranche. Sie ist heute wichtig. Diese Kompetenz wird durch die Aktivitäten der Politik, durch die Wirtschaftspolitik, die wir betreiben, auch morgen ein wertvoller Wertschöpfungstreiber für uns sein, weil wir das mit Blick in die Zukunft tun. Wie machen wir das? – Wir erreichen das mit der Förderung neuer Antriebstechnologien. Auch das ist gesagt worden. Wir tun das ergebnis- und technologieoffen. Wir tun dies ohne Zweifel mit der Elektromobilität.

Im Übrigen habe ich kein Problem damit, Kollege Duin, dass französische Autos in Deutschland verkauft werden. Unser Markt ist ein europäischer. Die Wertschöpfungsketten sind heute international. Davon profitiert auch die deutsche und die bayerische Industrie. Weil diese Wertschöpfungsketten international sind, läuft ein Teil davon wieder in unsere Richtung. Das zeigt, dass uns die französischen Automobilhersteller da ein Stück weit vorwärtsziehen.

Es geht aber auch um wasserstoffbasierte Antriebe, die wir verfolgen. Und es geht um die Optimierung des Verbrenners, meine Damen und Herren. Am Ende des Tages ist der Kapitalstock, den diese Volkswirtschaft hat und der unmittelbar mit der Verbrenner-technologie zusammenhängt, wichtig. Wir wollen diesen Kapitalstock deswegen nicht über Bord werfen, weil das in höchstem Maße ineffizient wäre. Wir wollen den in der Zukunft natürlich nutzen. LOHC ist dabei vielleicht eine Möglichkeit.

Ich kann den Kollegen Stadler beim besten Willen nicht verstehen, wenn er heute so spricht. Ich weiß nicht, ob er einen Audi oder einen BMW angesprochen hat. Er hat von der Luxusklasse gesprochen. Seine Thesen sind ja fast klassenkämpferisch. Es geht am Ende des Tages um den Flottenverbrauch. Wenn wir in Bayern Premiumautomobilhersteller unser Eigen nennen dürfen, BMW und Audi, die weltweit im globalen Vergleich ganz vorne sind und insbesondere in der Luxusklasse, von der Sie gesprochen haben, technologischen Fortschritt erzeugen, der am Ende des Tages in die Massenprodukte reingeht, dann habe ich damit kein Problem. Denn ich bin stolz auf diese Spitzenmodelle der Automobilwirtschaft. Die Automobilwirtschaft wird mit diesen

Spitzenmodellen, auch mit der Plug-in-Hybrid-Technik, die Flottenverbrauche in Gottes Namen so senken, dass keine Strafzahlungen notwendig sind.

Wir wollen das Thema Technologie offen angehen, auch deswegen, meine Damen und Herren, weil die Mobilitätsbedürfnisse in Bayern natürlich unterschiedlich sind. In der Stadt haben wir andere Mobilitätsbedürfnisse als auf dem Land. Wir sehen uns ja Stadt und Land verpflichtet. Wir sehen uns der Industrie und dem Mittelstand verpflichtet.

Mit unserer Politik wird die Mobilitätswirtschaft auch zukünftig – das ist unsere Zielsetzung – Garant für Wohlstand und für Arbeitsplätze sein, weil wir zukunftsorientiert und technologieorientiert und vor allen Dingen in organischen volkswirtschaftlichen Entwicklungsansätzen denken, die am Ende des Tages idealerweise keine volkswirtschaftlichen Verwerfungen und Fehlallokationen produzieren.

Vorhin haben wir von internationalen Märkten gesprochen. Hier geht es nicht nur um Technologieförderung, sondern auch um Außenwirtschaftspolitik. Wir haben in Verbindung mit dem Wirtschaftsausschuss das Thema "Außenwirtschaftspolitik Plus" – ich habe immer gesagt: Wiesheu reloaded – auf den Weg gebracht. Wir flankieren mit der Außenwirtschaftspolitik unsere Industrie, denn es geht neben der Frage nach neuen, technologisch leistungsfähigen Produkten auch um neue Märkte, die zu erschließen sind. Da helfen wir auch dazu.

Wir müssen natürlich auch für unsere Mobilitätswirtschaft kämpfen, und das tun wir nachdrücklich. Da muss sich ohne Zweifel auch die EU an dem Machbaren orientieren. Ich gebe zu, es durchaus problematisch zu sehen, dass derzeit in der EU die weitere Verschärfung der CO₂-Ziele für Pkw und Lkw für 2030 diskutiert wird. Mir scheint dies ein durchaus risikoreicher Weg. Aber Staatsminister Aiwanger, die Amtschefin Dr. Jarothe und ich haben intensive Gespräche mit den Kammern und Verbänden und mit der Industrie geführt. Eventuell ist es ein Schritt nicht unbedingt in 2030, sondern in 2035. Hier haben wir eventuell die Möglichkeit, eine neue Entwicklungsgeneration

einzuführen. Das heißt, die Ziele und die Emissionsnormen müssen das technisch Machbare berücksichtigen, dürfen allerdings um Gottes willen auch nicht die wirtschaftliche Vernunft ausschließen.

Natürlich sollen auch die Klimaziele erreicht werden. Dafür brauchen wir allerdings eine Technologie. Deswegen ist es wichtig, dass wir diese Potenziale durch eine zielgerichtete Politik in Bayern und eine Politik für die bayerische Automobilwirtschaft unterstützen.

Was will der Antrag? – Ich komme auf den Kollegen Duin zurück, der den Antrag ähnlich oder sogar ganz genauso gelesen hat wie ich. Meine Damen und Herren, den heutigen Verbrenner in die Zukunft zu führen, ist sicherlich keine Strategie. Das ist nicht zukunftsorientiert; das ist allenfalls gegenwartsorientiert, vielleicht sogar rückwärtsorientiert.

Es geht nämlich darum, auf welchen Märkten wir die Güter absetzen wollen. Wir müssen uns den Marktentwicklungen anpassen und die großen Absatzmärkte dieser Welt betrachten. Heute ist auch gesagt worden, dass es um den internationalen Markt und die internationale Verflechtung der bayerischen Industrie geht. Deswegen müssen wir ganz einfach feststellen, ob es uns gefällt oder nicht: Die Antwort auf die Frage fordert uns in der Wirtschaft am Ende des Tages auch der Nachfragende ab. Verbote von Benzin- und Dieselaautos werden geplant und diskutiert. Das ist ein Datum, wie man so sagt. Wenn etwas anderswo – außerhalb unseres Zuständigkeitsbereichs – nachgefragt wird, sollten wir uns danach richten. 2030 sind zum Beispiel Verkaufsverbote in Dänemark, Indien, Irland, Island, Israel und den Niederlanden geplant, 2035 in Großbritannien, in den USA mit Kalifornien – wie bereits angesprochen – und Taiwan. Frankreich und Kanada denken für 2040 über ein entsprechendes Verbot nach.

Deswegen ist es gut, wenn wir uns heute dieser Frage stellen. Das war auch im Kern die Intention des Ministerpräsidenten, als er – zwar nicht bei unserem Parteitag, son-

dern bei seinem, es sei ihm gegönnt – auf diese Notwendigkeit und Alternativlosigkeit hingewiesen hat. Alternativlos ist eben, dass wir umweltfreundlichere

(Zurufe)

Technologie brauchen. Das gilt auch wegen der volkswirtschaftlichen Kosten, die Florian von Brunn heute an anderer Stelle angesprochen hat, und wegen der volkswirtschaftlichen Kosten des Klimawandels. Man kann ihn zwar ignorieren, aber die Kosten werden entstehen.

Der Antrag ist zunächst einmal eingängig, weil er Arbeitsplätze erhalten will. Dafür ist natürlich jeder. Aber die Märkte und die Umwelt ändern sich. Der Antrag verneint faktisch die Dynamik und die Entwicklung der Märkte – ein zentrales Element von Marktwirtschaften. Produzieren wir weiter so wie bisher, verlieren wir Märkte, meine Damen und Herren. Damit verlieren wir auch Arbeitsplätze und vor allen Dingen technologische Exzellenz. Meine Damen und Herren, das ist entscheidend; denn diese Gefahr erodiert das wirtschaftliche Potenzial dieses Landes. Das mündet am Ende des Tages in Wohlfahrtseinbußen.

Der Antrag ist nicht nur abzulehnen, weil er aus meiner Sicht ideenlos und rückwärtsgerichtet ist, sondern auch, weil er volkswirtschaftlich höchst gefährlich ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatssekretär Weigert. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/10271 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER, SPD, FDP sowie der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.